

"orf.at" gefunden am 13.12.2016 07:00 Uhr

Wohnen in Wien wird zur Armutsfalle

Laut einer neuen Studie sind die Mietpreise in Wien derart gestiegen, dass Wohnen immer mehr zur Armutsfalle wird. Die hohen Wohnkosten können auch tief ins Privatleben eingreifen. Scheidungen von Ehen sind zunehmend nicht möglich.

„Die Mieten klettern massiv hinauf, stärker als die Inflationen und stärker als die Löhne. Deswegen geht es sich dann mit dem Haushaltseinkommen nicht mehr aus, dass man sich die Miete leisten kann“, so Sozialexperte Martin Schenk von der Armutskonferenz gegenüber Radio Wien.

Versteckte Obdachlosigkeit

Vor allem in den urbanen Regionen von Wien, Salzburg und Innsbruck finden armutsbetroffene Personen kaum noch leistbaren Wohnraum. Manche Armutsbetroffene leben daher in Räumen ohne Fenster, ohne Strom, ohne Wasser. Andere teilen sich eine kleine Wohnung, was zu Überbelegungen führt.

Wieder andere „wandern“ von hilfsbereiten Bekannten zu Bekannten, um nicht auf der Straße schlafen zu müssen. Aus den Notunterkünften, die eigentlich für akut Wohnungslose gedacht sind, werden zunehmend Dauerwohnstätten für Personen, die keine leistbare Wohnung finden, fassen Evelyn Dawid und Karin Heitzmann vom Institut für Sozialpolitik der WU Wien die Ergebnisse aus der Studie zusammen.

Trennungen führen in die Armut

Auch Trennungen sind oft finanziell unmöglich. „Ganz viele haben berichtet, dass sie sich eigentlich nicht mehr verstehen, es nicht mehr geht in der Ehe oder in der Beziehung, aber sie sich trennen, weil es sich ökonomisch nicht ausgeht. Zwei Wohnungen sind unleistbar in den großen Städten“, so Schenk. Wer sich trotzdem trennt, läuft Gefahr in die Armut abzurutschen. Die Sozialinitiativen betreuen viele alleinerziehende Frauen, in den letzten Jahren aber auch vermehrt geschiedene unterhaltspflichtige Männer.

Vermieter wollen keine Migranten

Von den Wohnproblemen in besonderem Maß betroffen sind Personen mit Migrationshintergrund: Sie sind auch noch mit Vorurteilen vieler Vermieter konfrontiert, die ihnen schlicht keine Wohnung vermieten wollen. Hinzu kommen ein eingeschränkter Zugang zu Gemeindewohnungen und die Schwierigkeiten, legal eine Wohnung anzumieten, wenn der Aufenthaltsstatus unsicher ist.

Die Studie entstand im Auftrag des Sozialministeriums, durchgeführt von der WU Wien und der Armutskonferenz. 34 Expertinnen aus 26 sozialen Einrichtungen wurden für die umfassende Studie befragt.

Links:

[Armutskonferenz](#)

[Studie zum Download](#)